

## „Ich will kein Besser-Wisser sondern ein Besser-Frager sein“ Der neue SPD-Kreisvorsitzende Sven Ehrhardt im Interview

Seit Mai hat die SPD im Landkreis Roth mit Sven Ehrhardt einen neuen Vorsitzenden. Wir sprachen mit dem 24-jährigen Rother Studenten über sein neues Amt, seine Ziele und auch die Herausforderung, die eine solche Aufgabe für einen jungen Menschen mit sich bringt.

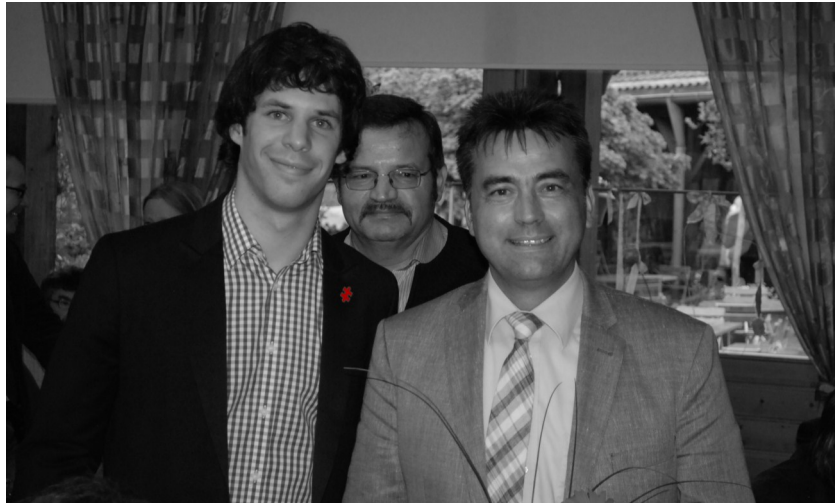
*Sven, mit erst 24 Jahren bist du der zweitjüngste Unterbezirksvorsitzende in ganz Bayern. Ein Vor- oder Nachteil für dein Amt als „Frontmann“ der Sozialdemokraten im Landkreis Roth?*

## „Die wahren Experten sind die Bürgerinnen und Bürger!“

Warum soll politische Kompetenz am Lebensalter hochgerechnet werden können? Die politische Eignung ergibt sich für mich aus der Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen und sie und vor allem ihre Probleme und Sorgen ernst zu nehmen. Mit meinen 24 Jahren ist mir aber auch bewusst, dass ich bei meinen Terminen und Veranstaltungen im Gegensatz zu manch anderen Politikern nicht als „Besser-Wisser“, wohl aber als „Besser-Frager“ auftreten möchte. Die „wahren Experten“ für viele Politikfelder sind die Bürgerinnen und Bürger, deren Anliegen ich vertreten möchte und bei denen ich mich daher nicht scheuen werde, um Rat zu fragen.

*Wenn du von der SPD im Landkreis Roth sprichst, nimmst du oft den Begriff der „Mitmach-Partei“ in den Mund. Was heißt das konkret?*

Parteiveranstaltungen, bei denen unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ am Bürger „vorbei“ diskutiert wird, gibt es unter meiner Führung nicht. Die SPD im Landkreis ist mit ihren Dialog-



*Der neue SPD-Kreisvorsitzende Sven Ehrhardt mit seinem ebenfalls neu gewählten Stellvertreter Robert Pfann aus Schwanstetten*

Angeboten attraktiver denn je. Ich möchte allen, egal ob Mitglied oder BürgerIn die Möglichkeit bieten, ungezwungen bei uns mitzumachen und mitzureden. Nur so erfahren wir bei strittigen Fragen die „Kehrseite der Medaille“ und stoßen auf ganz neue Ideen.

## „Jeder kann mitmachen!“

*Neben deinen politischen Aktivitäten bist du oft ja auch als passionierter Läufer unterwegs. Welche Parallelen ziehst du zwischen Sport und Politik?*

Den Landkreis laufend erkunden. Wer in Turnschuhen die landschaftlichen Schönheiten unserer Region erleben darf, muss den Landkreis einfach lieben. Neben unzähligen interessanten Begegnungen habe ich durch den Sport aber auch Eigenschaften wie Disziplin und Ehrgeiz trainiert. Diese Tugenden möchte ich nun auch für die SPD im Landkreis Roth und vor allem für die Menschen hier vor Ort einsetzen.

## Sport und Politik im Landkreis Roth

Eine Diskussionsrunde mit Sportlern, Vereinsvertretern und Kommunalpolitikern beschäftigte sich mit der Frage, wie weit gemeindliche Sport- und Vereinsförderung gehen muss oder darf. Der zweimalige

„Sportler des Jahres“ Alexander Haas berichtete der SPD über die Probleme, denen sich Amateur-Sportler bei der Finanzierung ihres Leistungssports konfrontiert sehen. Gmünds Bürgermeister Ben

Schwarz und Rohrs 2. Bürgermeister Felix

Fröhlich sprachen von einem „Spagat“, den Gemeinden bei der Unterstützung ihrer Vereine leisten müssten. Einerseits sollten die Hallen unterhalten werden, andererseits den Sportlern möglichst kostengünstig zur Verfügung gestellt werden. Der neue Kreisvorsitzende Sven Ehrhardt betonte zum Abschluss, dass Sportler aus kommunalpolitischer Sicht nicht lediglich als „Kostenfaktor“, sondern in erster Linie auch als „Werbe- und Identifikationsfigur“ betrachtet werden müssten. ■

**Der neue SPD-Kreisvorsitzende Sven Ehrhardt ist 24 Jahre alt, kommt aus Roth und studiert im Abschlussemester an der FAU Erlangen-Nürnberg den Studiengang „Sozialökonomik“ und nach seinem ersten Abschluss ab Herbst den Master-Studiengang „Marketing“. Neben seiner Leidenschaft, dem Laufsport, ist der Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vorstand der TSG 08 Roth, im Jugendhausrat der Stadt Roth und im Ausschuss der Arbeiterwohlfahrt Roth aktiv.**

## „Die Energiewende als Gemeinschaftsprojekt“ von Martin Burkert, MdB



Die Bundesregierung droht an der Energiewende zu scheitern. Als vor einem Jahr in Fukushima die Reaktoren explodierten, beschloss Schwarz-Gelb

eilends den zuvor rückgängig gemachten Atomausstieg. Doch statt gezielt auf erneuerbare Energien umzusteuern, hat es bislang überwiegend Streitigkeiten zwischen den Ministerien gegeben. Noch immer fehlt ein schlüssiges Konzept für die Energiewende. Dabei ist sie neben der Euro-Schulden-Krise das

wohl wichtigste politische Projekt. Gelingt sie, ergeben sich enorme wirtschaftliche Chancen, zu einem weltweiten Spitzenreiter für Energietechnologien zu werden und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Scheitert die Energiewende, wäre dies mit gravierenden Folgen für unsere Umwelt, für die Wirtschaft und uns Verbraucher verbunden. Deshalb muss die Regierung jetzt handeln. Die Stromnetze müssen zügig ausgebaut werden. Dies kann am besten mit Hilfe einer Bundes-Netz AG geschehen. Die Energiewende ist ein Gemeinschaftswerk von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Verbrauchern. Mit erneuerbaren Energien für eine intakte Umwelt und eine starke Wirtschaft!

## „Der Wind dreht sich!“ von Dr. Thomas Beyer, MdL



Die Landtagswahlen in NRW am 13. Mai 2012 markierten auch für Bayern einen Politikwechsel. Der überragende Sieg von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

hat nicht nur der bisherigen rot-grünen Regierung eine stabile Mehrheit verschafft. Inhaltlich zeigt der Erfolg, dass die Menschen für eine glaubwürdige sozialdemokratische Politik unter Beachtung ökologischer Verantwortung zu gewinnen sind. Die Entscheidung für die SPD war der Wunsch nach einer Politik, die stabile Haushaltsführung mit notwendigen staatlichen Investitionen verbindet. Für eine Politik, die die Kommunen stärkt und nicht weiter in die Verschuldung treibt. Eine Politik, die soziale Belange achtet und mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und gesellschaftlichen Gruppen partnerschaftlich umgeht. Die Wähler sind klüger als die Regierungen des derzeitigen konservativ-liberalen Mainstreams. Sie erkennen, dass deren Politik nicht nachhaltig ist. Tatsächlich überantwortet die derzeitige bayerische Staatsregierung der nachfolgenden Generation größte Probleme, hierlässt diese ihr doch eine weitgehend marode Infrastruktur. So ist beispielsweise jede 3. bayerische Brücke in staatlicher Trägerschaft erheblich sanierungsbedürftig. Die Wähler erkennen die fatale Wirkung unterlassener Zukunftsinvestitionen wie unter anderem beim Breitbandausbau. Sie entlarven die Behauptungen von einem angeblich ausgeglichenen Staatshaushalt, weil die Sanierung der Landesfinanzen aufgrund unterlassener Zuschüsse oder dem Abwälzen staatlicher Aufgaben auf Kosten der Gemeinden erfolgt. Die Wahlen in NRW sind ein Signal auch für Bayern: Der Wind hat sich gedreht!

## „Schwarzer Peter“ liegt bei Städten und Gemeinden

### Kommentar zu drohenden Mittelschulschließungen

von Robert Pfann, 1. Bürgermeister aus Schwanstetten



Unter Artikel 30 des Grundgesetzes ist geregelt, dass die Bildungspolitik in den Aufgabenbereich der Bundesländer fällt. „Bildung ist Ländersache“

lautet der berühmte Ausspruch von Bundes- und Landespolitikern zugleich. Geht es aktuell allerdings um die vom bayerischen Kultusministerium beschlossene Mittelschulreform, und daraus folgend, die mögliche Schließung kleinerer, meist ländlicher Schulstandorte, ist von der „Ländersache“ neuerdings wenig zu spüren. Denn jetzt liegt der „schwarze Peter“ bei Städten und Gemeinden. Um den Titel einer „Mittelschule“ führen zu können, bedarf es an einer Hauptschule eine Mindestzahl von 300 Schülern. In ländlichen Regionen des Landkreises Roth ist das für eine Gemeinde allein nahezu unmöglich. Abhilfe sollen hier Schulverbände leisten, in denen sich

Gemeinden zusammenschließen, um für ihre vormals Hauptschulen das Mittelschulen-Label der Staatsregierung anstreben zu können. Die Folge der Zusammenschlüsse ist ein „Schülertourismus“ quer durch den Landkreis Roth, der den Gemeinden viel Geld, den Schülern viel Zeit kostet. Doch was passiert, wenn, wie jüngst im Mittelschulverbund Hiltpoltstein-Heideck-Thalmässing geschehen, die sinkenden Schülerzahlen die Aufrechterhaltung eines Schulstandortes innerhalb des Zusammenschlusses gefährden? Eigentlich ist Bildung Ländersache. Außer wenn es um die unliebsame Nachricht einer möglichen Schulschließung geht, welche der Heidecker Gemeinderat nun den betroffenen Schülern und Eltern überbringen muss.

**Die SPD im Landkreis Roth bekennt sich hingegen zur wohnortnahen, ländlichen Schulversorgung und fordert die Staatsregierung auf, ihre Städte und Gemeinden hier nicht alleine zu lassen, sondern sie und ihre Schulen zu unterstützen.**